

Tabak-Arbeiter

Nr. 31 / Bremen, den 1. August 1925

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen.
 — Monatlicher Bezugspreis 40 Goldmarken, ohne Dringergeld. — Anzeigenpreis
 50 Goldmarken für die oberste Spalte. — Schluß der Anzeigenannahme und
 der Redaktion Montag abend. — Verantwortlicher Redakteur: Ferdinand Dahms.
 — Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Karl Reichmann. — Druck: Bremer
 Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. H. Schmalzfeldt & Co. — Sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion u. Expedition: Bremen, An der Weide 201, Telefon: Amt
 Roland 6046 — Geld- und Einkaufsbindungen an Johannes Krohn. — Postfach-
 konto 5349 beim Postämteramt Hamburg. — Bankkonto: Bankabteilung der Groß-
 einkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter,
 Angestellten und Beamten, A. G., Berlin. — Verbandsvorsitzender: Karl Reichmann.
 — Verbandsauschuß: E. Schöne, Hamburg, Bienenblaberhof 87, Zimmer 4546.

Die Internationale der Tabakarbeiter.

Am 3. August beginnt in Brüssel der 11. Internationale Tabakarbeiterkongreß. Fast aus allen europäischen Ländern werden die Vertreter freigewerkschaftlich organisierter Tabakarbeiter zusammenkommen, um Rückschau zu halten und darüber zu beraten, wie der internationale Zusammenschluß gefördert und für die Tabakarbeiter nutzbringender gestaltet werden kann.

Seit dem Stattfinden des 10. Internationalen Tabakarbeiterkongresses am 10. und 11. November 1919 in Amsterdam sind mehr als fünf Jahre verflossen. Damals war der Weltkrieg, der auch die Internationale der Tabakarbeiter zerrissen hatte, kaum ein Jahr beendet. Was Wunder, daß sich die Verhandlungen in Amsterdam zwischen den Vertretern der am Kriege beteiligten Länder etwas frostig gestalteten und den rechten Geist der Kameradschaft nicht aufkommen ließen. Doch diese Zeit gehört erfreulicherweise der Vergangenheit an; nichts mehr trübt die Beziehungen der freigewerkschaftlich organisierten Tabakarbeiter der verschiedenen Länder zueinander, und das ist gut so.

In den letzten fünf Jahren hat es nicht an Anregungen gefehlt, die Internationale der Tabakarbeiter früher zusammenzutreten zu lassen. Jedoch die Ungeklärtheit der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ließ es immer wieder geraten erscheinen, das Stattfinden des Internationalen Tabakarbeiterkongresses hinauszuschieben. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo zu allen Fragen, die die internationale Tabakarbeiter-schaft berühren, Stellung genommen werden soll.

Wenn die Vertreter des internationalen Tabakproletariats am 3. August in Brüssel zusammentreten, dann werden sie mit Genugtuung feststellen können, daß sich seit dem Jahre 1919 die Zahl der angeschlossenen Länder mehr als verdoppelt hat. Zu den sechs Ländern Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Holland und Oesterreich, die im Jahre 1919 die Internationale der Tabakarbeiter wieder aufrichteten, sind seitdem hinzugekommen: Bulgarien, Frankreich, Norwegen, Polen, Tschechoslowakei, Schweden und Schweiz. Die Zahl der Mitglieder stieg von 97 624 (davon 38 462 weibliche) im Jahre 1919 auf 120 883 (davon 81 496 weibliche) am Ende des Jahres 1924. Auf die einzelnen Länder verteilen sich die am Ende des Jahres 1924 vorhandenen Mitglieder folgendermaßen (die Zahl der weiblichen Mitglieder ist in Klammern angegeben):

Belgien	7 045 (4 018)
Bulgarien	500 (—)
Dänemark	7 298 (4 545)
Deutschland	66 712 (50 762)
England	4 177 (3 425)
Frankreich	10 025 (8 500)
Holland	4 764 (84)
Norwegen	1 404 (940)
Oesterreich	3 910 (3 282)
Polen	500 (—)
Schweden	2 648 (2 120)
Schweiz	2 400 (—)
Tschechoslowakei	5 000 (3 820)

Wie aus der vorstehenden Zusammenstellung ersichtlich ist, sind in den meisten angeschlossenen Organisationen die weiblichen Mitglieder in der großen Mehrheit. Das sollte auch bei der Agitation und bei der Stellungnahme zu den aufgeworfenen Fragen nicht unberücksichtigt bleiben.

Aus den im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 29 veröffentlichten Anträgen geht hervor, daß sich der 11. Internationale Tabakarbeiterkongreß in Brüssel mit einer Reihe von wichtigen Fragen zu beschäftigen haben wird. Da sind zunächst die Anträge von Belgien, die ein Vorgehen zur Erlangung gleicher

Löhne für Männer und Frauen und zur Beseitigung der Kinder- und Heimarbeit fordern. Ueber die Berechtigung dieser Anträge wird es in Brüssel wohl kaum Meinungsverschiedenheiten geben, und sicher kann es auch nicht zum Nachteil sein, wenn die einzelnen Organisationen aufgefordert werden, mehr als bisher im Sinne der belgischen Anträge zu tun. Ob es aber bei den verschiedenartigen Verhältnissen in den Ländern und bei dem nicht überall gleichen Einfluß, den unsere Organisationen ausüben vermögen, möglich sein wird, für alle Länder einheitliche Richtlinien zu schaffen — die nicht nur aufgestellt, sondern auch gehalten werden —, möchten wir bezweifeln. Trotzdem ist es unser Wunsch, daß die Aussprache über die belgischen Anträge für alle Beteiligten brauchbare Anregungen bringen möge.

Meinungsverschiedenheiten wird es über den Antrag von Belgien, Dänemark und Schweden geben, der die Gründung einer internationalen Streikkasse zur obligatorischen Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen bezweckt. So gut wie dieser Antrag gemeint ist, so schwer wiegen unseres Erachtens die Bedenken, die dagegen ins Feld geführt werden können und die hier nur angedeutet werden sollen. Wer von einer solchen internationalen Streikkasse eine obligatorische Unterstützung verlangt, muß sich auch gefallen lassen, daß die der Streikkasse angeschlossenen Länder ein gewichtiges Wort über Beginn, Umfang und Beendigung der in Frage kommenden Bewegung mitreden. Außerdem sollte es aber Regel sein, daß eine Organisation, wenn sie finanzielle Hilfe in Anspruch nehmen muß, sich zunächst an die Gewerkschaftszentrale ihres eigenen Landes wendet und diese dann, wenn es notwendig ist, sich mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam in Verbindung setzt. Im übrigen haben doch die Erfahrungen der Vergangenheit bewiesen, daß die einzelnen Organisationen auch ohne obligatorische Streikkasse in der Lage sind, Solidarität zu üben. Wenn die Aussprache in Brüssel dazu beiträgt, daß in dringenden Fällen alle angeschlossenen Länder ihr Bestes tun und sich einzeln nicht mit sicher gulgemeinten Sympathiekundgebungen begnügen, dann haben nach unserer Meinung die Anträge zur Gründung einer Streikkasse ihren Zweck erfüllt.

Mancherlei Anregung und Aufklärung dürfte auch die Aussprache über den englischen Antrag zur Maschinenarbeit geben. Wer die im „Tabak-Arbeiter“ veröffentlichten Berichte über die Produktionsverhältnisse in den verschiedenen Ländern aufmerksam verfolgt hat, wird wissen, daß auch in den Zigarrenfabriken die Maschinenarbeit Eingang findet. Es kann deshalb durchaus nichts schaden, daß sich die Internationale der Tabakarbeiter mit den Problemen beschäftigt, die mit der Maschinenarbeit zusammenhängen.

Erwähnenswert sind dann noch die deutschen und die österreichischen Anträge, die die Finanzgebarung der Tabakarbeiter-Internationale auf gesunde Füße stellen und eine den Verhältnissen der einzelnen Länder angepaßte Beitragsleistung herbeiführen wollen. Wir glauben kaum, daß diese Anträge Widerspruch finden werden, da sie den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen.

Es sind also nicht wenige Fragen, mit denen sich der 11. Internationale Tabakarbeiterkongreß zu beschäftigen haben wird. Eine große und verantwortungsvolle Aufgabe liegt den einzelnen Delegierten ob. Wir haben das Vertrauen zu ihnen, daß sie den am 3. August in Brüssel beginnenden Kongreß zu einem Meilenstein in der Geschichte der internationalen Tabakarbeiterbewegung machen werden.

Wir glauben im Sinne aller Mitglieder unseres Verbandes zu handeln, wenn wir der Brüsseler Tagung der Tabakarbeiter-Internationale einen vollen Erfolg wünschen.

Das Sozialisierungsproblem.

Von Paul Kampffmeyer.

Karl Renner erschließt uns in seinem Werk „Die Wirtschaft als Gesamtprozess und die Sozialisierung“, (Verlag J. S. W. Diez Nachf., Berlin, Gansleitens 8 A) besonders anschaulich die Rolle der Zirkulation des Waren- und Kapitalumschlags in der heutigen Wirtschaft. In der Produktion werden zunächst die ungeheuren Warenmassen hergestellt, von denen die bürgerliche Gesellschaft lebt und die so schreierlich ungleichmäßig auf die verschiedenen Klassen der Gesellschaft: auf die kapitalistischen Unternehmer, Leihkapitalisten, Grundbesitzer und Lohnarbeiter verteilt werden. Im reichen Strome fließen den kapitalistischen Unternehmern, den Rentiers, Bankiers und Großgrundbesitzern die Lebens- und Genussmittel zu, tropfenweise dagegen den Lohnarbeitern, die durchschnittlich von diesen Mitteln gerade nur existieren können. Der Lohnarbeiter erhält eben in seinem Lohn nur einen Teil seines in Geld umgesetzten Arbeitsprodukts zurück, während der andere von dem Unternehmer in Geldform eingestrichen wird. Die Verwandlung des Arbeitsproduktes in Geld vollzieht sich in der Warenzirkulation. Hier verwirklicht sich der Wert des Arbeitsprodukts, erst hier kann der Kapitalist seinen Mehrwert und der Arbeiter seinen Lohn in Empfang nehmen. Die geschaffenen Werte der gesellschaftlichen Arbeit werden in der Zirkulation verteilt.

Wenn die einzelnen Arbeitergruppen die heutigen kapitalistischen Betriebe, in denen sie schaffen, gemeinsam befähigen, so würden sie wohl einen Teil ihres von den Kapitalisten angeeigneten Arbeitsprodukts in ihre eigene Tasche stecken können, nämlich dann, wenn dieses Produkt auf dem Markt zu angemessenen Preisen verkauft würde. Im Austausch gegen Geld muß eben dieses Arbeitsprodukt erweisen, ob und in welchem Umfange es gesellschaftlich notwendig ist. In der Warenzirkulation dürfte es sich nun in vielen Fällen zeigen, daß bestimmte Arbeitserzeugnisse unverkäuflich sind oder nur recht niedrige Geldpreise erzielen, die sich wenig höher als die Produktionskosten der Waren stellen. Bleibt die Zirkulation der Arbeitsprodukte in der heutigen Form erhalten, so werden die heutigen Verkaufsschwierigkeiten, die heutigen Preisentwertungen wieder eintreten. Absatzkrisen mit ihren vernichtenden Wirkungen auf den Bestand der Betriebe werden sich weiter ausbreiten und mitunter ganze Zweige der Produktion lahmlegen.

Mit einer sogenannten „Sozialisierung“ der Produktion, mit einer Verwandlung der kapitalistischen Produktionsmittel in gesellschaftliches Arbeitereigentum bliebe die Lösung des Sozialisierungsproblems sehr unvollständig. Die Sozialisierung muß die Produktion und die Zirkulation der Arbeitsprodukte umfassen, muß „den Stoffwechsel mit der Natur“, wie einmal Marx bemerkt, „rationell regeln“, „unter gemeinschaftliche Kontrolle“ bringen. Die Regelung der Produktion setzt sich heute in der Konkurrenz der Kapitalisten blind und unbewußt unter Vernichtung zahlreicher Produzenten durch. In der Zirkulation wird Gericht über die Produktion gehalten, zahlreiche Arbeitsprodukte werden „zu leicht“ befunden, zahlreiche Produzenten werden gerichtet und vernichtet. Eine gewaltige Neuverteilung von Eigentum geht jeweilig in der Zirkulation der Waren und der Kapitalien vor.

Die Zirkulation der Kapitalien, das Zu- und Abströmen dieser in die einzelnen Arbeitszweige vollzieht sich heute hauptsächlich durch die Banken. Die Banken nehmen die Kapitalien der einzelnen Eigentümer in Empfang und leiten sie den Betrieben zu, in denen sie produktiv arbeiten, d. h. kapitalistische Profite abwerfen. Die Kapitaleigentümer vollziehen hier gar keine wirtschaftlichen Funktionen mehr, ihre Aufgaben löst die Bank, und sie stecken einfach nur arbeitslose Profite, Zinsen, ein. Das Kapital streift hier nach Renner seinen Charakter „als Individualeigentum“ ab, es wird „soziale Anstalt“, „die von Funktionären verwaltet wird“.

Die Bank, zahlreiche Kapitalien zusammenfassend, kann nun tatkräftig die hervortretende Tendenz der Vereinigung der Betriebe unterstützen. Eine neue Kapitalform erscheint als Ideal: „Ein Kapital, das vom Rohstoff her alles selbst erzeugt, keinen Handel mehr braucht, die Produkte direkt an den Konsumenten gibt: Etwa ein Petroleumkonzern, der die Oelfelder in Amerika ausbeutet und das gewonnene Petroleum in unsern Städten von Tankwagen an unsere Hausfrauen abgibt! Es ist wieder Universalkapital, das allen Mehrwert ungeteilt realisiert, aber nicht mehr das armselige Kapitalrudiment eines individuellen Universalisten. Universalkapital auf gesellschaftlichem Maßstab, Produkt der automatischen Zirkulation, automatische Sozialisierung, jedoch abermals ohne Bewußtsein, wider Willen, ohne rechtliche Sanktion, ohne Mitbestimmung

der Menschen, die nur passiv, ohne rechtlich eine aktive Gemeinde zu bilden, sozialisiert sind, als halb-schlächter Sozialisierung“ (Renner). Ein Kapital von industriell-, kommerziell- und bankartigem Charakter entsteht, das sich in zahlreichen Phasen der Produktion und Zirkulation auswirkt und wegen seiner monopolistischen Eigenart jede Konkurrenz anderer Kapitalien unmöglich macht. „Nun aber ist die kapitalistische Zirkulation nicht mehr die Arena der Freien und Gleichen, sondern der Platz, wo die hochgebietenden Kapitalmächte ihren hotmäßigen Gefolgsleuten ihren Profitanteil zumessen.“ Der Stinneskonzern, das Haus Morgan strebt empor. Der Petroleumkonzern beherrscht die halbe Erde, der Bankkonzern Morgan diktiert „den europäischen Souveränitäten (Frankreich, Deutschland)“ die „Bedingungen der Verständigung“. Wir eilen einer Organisation des Weltmarkts, einer Ordnung der Gesamtzirkulation der kapitalistischen Wirtschaft zu. Und diese Vergesellschaftung der Zirkulation schafft nach Renner erst die vollen Voraussetzungen für den Weltsozialismus.

Eine Sozialisierung der Zirkulation hat also unbewußt eingesetzt, sie muß zielbewußt und planmäßig im Interesse der Gesellschaft zu Ende geführt werden.

Die kapitalistische Entwicklung trennte die funktionierenden Kapitalisten, wirtschaftliche Aufgaben lösenden Kapitalisten von den bloßen Mehrwertempfängern, von Zinseinstreichern. Zins, Rente, Dividende haben schon vielfach reine Titelform angenommen. Das ganze arbeitslose Titeleigentum mit seinem Gefolge von Mehrwertansprüchen kann durch die Sozialisierung in einer zum Uebergang nötigen Zeit zugunsten der organisierten Gesellschaft eingezogen werden. „Ein solcher Vorgang läßt viel mittleres und kleineres Eigentum, das noch fungiert, fortbestehen — genug, daß der Grundeigentümer die volle Hypothek seines Grundbesitzes, der kleine Industrielle den vollen Kapitalzins seiner Betriebsanlage der Gesellschaft leistet. Damit ist der Hauptteil des Mehrwerts sozialisiert und zur produktiven Akkumulation (Kapitalanhäufung) im Interesse der Gesellschaft frei“ (Renner).

Das Kapital, das wirtschaftliche Aufgaben erfüllt, betätigt sich noch fort, das bloße zinsheckernde Kapital verschwindet nach und nach. Schon heute wird es von den großen Kapitalkonzernen — und zwar mitunter recht gewaltsam — verschluckt. Die bereits halböffentlichen Anstalten der Banken werden zu öffentlichen, zu gesellschaftlichen gestaltet. Die bestehenden Kartelle und Konzerne werden unter die kontrollierende Leitung des Staates gebracht, „schaffen nur dort, wo Konzerne noch nicht bestehen, solche von Staats wegen. Lassen wir sie die Mehrwerte mit ihren Methoden zunächst aneignen und zusammenfassen, um sie in einem auf den Staat zu übertragen, der sie produktiv verwenden wird“ (Renner).

Die Sozialisierung erscheint bei Renner als eine tiefgreifende Organisationsarbeit, und sie hat „wie jede Arbeit ihr Maß an der Zeit, sie ist nicht bloßes Dekret eines diktatorischen Willens, kein Schöpfungswunder des Wortes: „Es werde — und es ward.“

Der Träger der Sozialisierung ist im wesentlichen das Proletariat, das den Staat in den Dienst der Umgestaltung der wirtschaftlichen und rechtlichen Einrichtungen zwingt, in denen sich die Dekonomie des Kapitalismus ausprägt. Das Proletariat hat ein Lebensinteresse an der Gewinnung der wirtschaftlichen Funktionäre, damit die Wirtschaft hemmungslos läuft und organisch weiterwächst. Zum Staate selbst, der, wie wir gesehen haben, mit seinen Einrichtungen die Wirtschaft beeinflusst, muß das Proletariat eine positive Stellung nehmen.

Die Nationalwirtschaften, so häufig sie auch heute noch gegeneinander prallen mögen, verketteten sich zur Weltwirtschaft. Die Sozialisierung der staatlichen Nationalwirtschaften hat daher ihre Grenzen in den Formen und Einrichtungen des Weltmarkts. Diese Formen können nach Renner nur in den Verkehrszentren der großen Weltimperien erfaßt werden. Der volle Sozialismus im Wirtschaftsleben hängt daher aufs engste mit dem Siege des Proletariats in den Vorländern des Kapitalismus zusammen.

Karl Renner betrachtet in seinem wegweisenden Buche: „Die Wirtschaft als Gesamtprozess und die Sozialisierung“ im wesentlichen die sich rein auf dem Boden der Wirtschaft vollziehende Sozialisierung. Er zeigt uns nicht, in welchem Umfange dieser Sozialisierungsprozess durch politische Maßnahmen im Klassenkampf und durch Aktionen der Gewerkschaften und Genossenschaften bestimmt wird. Dadurch tritt die durch die selbsttätige Bewegung des Kapitals erzeugte Sozialisierung besonders deutlich hervor. Und das ist vielleicht ein besonderer Vorzug seines Buches, weil wir dadurch mit um so größerer Schärfe das Sozialisierungsproblem erfassen.

Aus dem Tabakgewerbe.

Steuerpflücherei.

Wäre der alte schwedische Staatsmann Axel Oxensterna noch am Leben und könnte die jetzigen Verhandlungen über das Tabaksteuergesetz beobachten, er würde an seinen Sohn schreiben: „Du ahnst gar nicht, mit wie wenig Verstand in Deutschland ein Tabaksteuergesetz gemacht wird.“ Man vergewaltigt sich:

Der Reichsminister der Finanzen bringt einen Gesetzentwurf ein, der eine Erhöhung des Eingangszolles für einen Doppelzentner Tabak von 30 auf 80 M vorsieht und außerdem die Banderolensteuer für alle Tabakerzeugnisse um 25 bis 100 Prozent erhöhen will. Vom Reichstag wird dieser Gesetzentwurf dem Steuerausschuß überwiesen, der ihn ablehnt, weil der Vertreter der Wirtschaftspartei einmal einen lichten Augenblick hat und mit den Oppositionsparteien für Ablehnung stimmt. Darob großes Entsetzen bei dem Reichsminister der Finanzen und den Regierungsparteien, die sofort zusammentreten und einen Kompromißantrag fabrizieren, der wiederum eine Erhöhung des Tabakzolles von 30 auf 80 M für den Doppelzentner in sich schließt, im übrigen aber „nur“ eine Erhöhung der Banderolensteuer für Zigaretten um 25 Prozent vorsieht. Dieser Antrag, der auch die Unterschrift der Wirtschaftspartei trägt, geht an den Reichstag, wo kein Mensch magt, ihn zu begründen. Von den Vertretern der Oppositionsparteien wird gesagt, was gesagt werden muß, und der Reichsminister der Finanzen zieht seine Vorlage zurück. Nun tritt der Steuerausschuß wieder in Tätigkeit, nimmt den Kompromißantrag in erster Lesung an und beschließt gleichzeitig, die Reichsregierung zu ersuchen, bis zur zweiten Lesung Material zur Prüfung der Frage einer Systemumstellung der Besteuerung der Zigarette, insbesondere der Frage einer Materialsteuer, herbeizuschaffen. Zur Abwechslung behält sich der Vertreter der Wirtschaftspartei, der den Kompromißantrag mit unterzeichnet und angenommen hat, diesmal die endgültige Stellungnahme seiner Fraktion bis zur zweiten Lesung vor. Am 22. und 23. Juli findet die zweite Lesung des Kompromißantrages der Regierungsparteien statt. Das gewünschte Material liegt nicht vor, wohl aber ein Antrag der Regierungsparteien, der neben dem Tabakzoll von 80 M für den Doppelzentner und der Banderolensteuer in Höhe von 40 Prozent des Kleinverkaufspreises die Zigarette auch noch mit einer Materialsteuer in Höhe von 250 M für den Doppelzentner Zigarettentabak beglücken will. Dieser Antrag, der gegen die Stimmen der Oppositionsparteien angenommen wird, will, daß hinter § 92 des Tabaksteuergesetzes nachstehende Bestimmungen aufgenommen werden:

G. Materialsteuer.

§ 93. Rohtabak, der in Zigarettenherstellungsbetriebe verbraucht wird (Zigarettentabak), unterliegt einer Materialsteuer von 250 Reichsmark für 1 Doppelzentner.

§ 94. Steuerpflichtiger ist derjenige, in dessen Herstellungsbetrieb der Zigarettentabak verbraucht wird.

§ 95. Die Materialsteuer wird mit dem Verbringen des Zigarettentabaks in den Zigarettenherstellungsbetrieb fällig.

§ 96. Das Finanzamt hat die Zahlung der Materialsteuer auf Antrag des Steuerpflichtigen gegen Sicherheit ohne Verzinsung auf sechs Monate hinauszuschieben. Die Vorschrift des § 106 Abs. 1 Satz 2 der Reichsabgabenordnung findet keine Anwendung.

§ 97. Der Steuerpflichtige hat den Zigarettentabak bei der Aufnahme in den Herstellungsbetrieb der Steuerbehörde durch eine schriftliche Erklärung (Steuererklärung) nach näherer Bestimmung des Reichsministers der Finanzen anzumelden.

§ 98. Für Mehrmengen an Zigarettentabak, die sich bei Bestandsaufnahmen ergeben, entfällt die Steuer im Zweifel im Zeitpunkt der Bestandsaufnahme. Die Steuer ist sofort fällig. Zahlungsausschub wird nicht gewährt.

§ 99. Die Abgabe angemeldeten Zigarettentabaks an andere, besonders an tabakverarbeitende Betriebe oder Händler, ist untersagt. Der Reichsminister der Finanzen kann Ausnahmen zulassen.

§ 100. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Abschnitts werden nach Maßgabe der Reichsabgabenordnung bestraft.

Die Bestrafung wegen Steuerhinterziehung (§ 359 Reichsabgabenordnung) tritt ein, ohne daß der Vorfall der Hinterziehung festgestellt werden braucht,

1. wenn innerhalb der vorgeschriebenen Frist der Zigarettentabak für den eine Steuerschuld entstanden ist, nicht oder nicht richtig angemeldet worden ist,
2. wenn die in den Ausführungsbestimmungen vorgeschriebenen Bücher nicht oder wissentlich nicht richtig geführt werden,
3. wenn Zigarettenhersteller Zigarettentabak außerhalb der angemeldeten Räume aufbewahren.

§ 101. Aus dem Auslande eingeführte Zigaretten unterliegen der Tabaksteuer (§ 5) und dem Zoll (§ 88) einer Ausgleichsteuer von 250 Reichsmark für einen Doppelzentner. Die Steuerschuld entsteht zugleich mit der Zollschuld und wird wie diese fällig und zahlbar.

§ 102. Für im Inlande hergestellte Zigaretten wird bei Verkauf, Ausnahme in eine öffentliche Niederlage oder in ein Lager unter anderem welchem Umständen eine Vergütung der Materialsteuer gewährt.

Übergangs- und Schlußbestimmungen.

§ 103. Die am Tage des Inkrafttretens der Vorschriften dieses Abschnitts in Zigarettenherstellungsbetrieben vorhandenen Vorräte an un bearbeiteten oder bearbeiteten Tabakblättern, Tabakhalb- und Ganzzeugnissen unterliegen unter Zugrundelegung in § 92 festgesetzten Steuerjahres der Nachversteuerung nach dem Gewicht.

Die näheren Bestimmungen, auch wegen der Fristen für die Zahlung der Nachsteuerbeträge, erläßt der Reichsminister der Finanzen.

§ 104. Die Ausschubfrist (§ 96) verkürzt sich für die in den beiden ersten Monaten nach Inkrafttreten der Vorschriften dieses Abschnitts fällig werdenden Steuerbeträge je um 1 Monat.

§ 105. Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats und des Steuerausschusses des Reichstags in dem Verhältnis der steuerlichen Belastung der Zigaretten durch Tabaksteuer (§ 5) und Materialsteuer (§ 93) Änderungen eintreten zu lassen.

II. Im Artikel III. tritt an Stelle des 1. August 1925 der 1. Oktober 1925.

Der nengeschaffene § 105 ist nichts weiter als eine Bankrotterklärung der Regierungsparteien; denn er beweist, daß sie entweder über die Auswirkung ihres Antrages sich selbst nicht im klaren gewesen sind und deshalb dieses Sicherheitsventil eingebaut haben, oder -- was wohl naheliegender ist -- nicht den Mut gehabt haben, Art und Höhe der Steuer so zu bestimmen, wie es ihrer wirklichen Ansicht entsprach. Geplant ist nämlich, die Banderolensteuer für Zigaretten auf 20 Prozent herabzusetzen und dafür die Materialsteuer auf 800 M für den Doppelzentner Zigarettentabak zu erhöhen. So sieht der „Erfolg“ des Sondervorgehens der Zigarettenfabrikanten aus. Sie erhalten nicht die Materialsteuer an Stelle der Banderolensteuer, sondern neben der Banderolensteuer und dem Zoll auch noch die Materialsteuer, also eine dreifache Belastung. Ein Trost für sie möge sein, daß der Vertreter der Wirtschaftspartei sich volle Handlungsfreiheit für das Plenum vorbehalten hat, weil, wie er sagte, seine Fraktion sich nicht endgültig zur Bier- und Tabaksteuer entschieden habe.

Der Zoll für einen Doppelzentner Rohtabak wurde wiederum, wie bei der ersten Lesung, von 30 auf 80 M für den Doppelzentner erhöht, nachdem ein weitergehender Antrag des Deutschnationalen Julier, den Zoll auf 100 M festzusetzen, abgelehnt worden war. Was mögen dazu die armen deutschnationalen Tabakarbeiter in Hartum sagen, die am 14. Juni in einer vom Deutschnationalen Arbeiterbund einberufenen Versammlung gegen jede weitere Belastung des Tabaks protestierten und der Erwartung Ausdruck gaben, daß die Deutschnationale Volkspartei bei diesem Kampf ums Brot der Tabakarbeiter entschieden auf die Seite der Tabakarbeiter treten und jede weitere Besteuerung des Tabaks ablehnen werde. Ihr Ratschrei war leider ebenso erfolglos, wie der Appell, den der deutschnationale Bezirksleiter des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands, Bergmann, in der gleichen Versammlung an die „soziale Einsicht“ der Deutschnationalen Volkspartei richtete, trotzdem den Regierungsparteien im Steuerausschuß von unserem Kollegen Schlüter eingehend auseinandergesetzt worden ist, welche Folgen eine Erhöhung des Tabakzolles nach sich ziehen muß. Aber was kümmern die sich um die Not der Tabakarbeiter!

Zum Schluß kam die Unterstützung der Opfer dieser famosen Zoll- und Steuerpolitik aufs Tapet. Da die bei der ersten Lesung beschlossene Regelung der Unterstützung auf dem Wege über die Erwerbslosenfürsorge recht viel zu wünschen übrig ließ, hatte unser Kollege Schlüter mit Hilfe seiner Parteifreunde folgenden Antrag eingebracht:

1. Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes im Tabakgewerbe und der durch dieses mitbeschäftigten Gewerben beschäftigten Hausgewerbetreibenden, Angestellten und Arbeiter, die nachgewiesenmaßen infolge dieses Gesetzes innerhalb drei Jahre nach seinem Inkrafttreten entweder vorübergehend oder für längere Zeit arbeitslos werden, ohne anderweitig entsprechende Beschäftigung zu finden, oder wegen notwendiger Berufswechsel oder wegen Einschränkung des Betriebs geschädigt werden, erhalten Unterstützung aus der Reichskasse. Zu diesem Zwecke werden den Ländern die erforderlichen Mittel, dem festgestellten Bedürfnis entsprechend, überwiesen.

2. Die näheren Bestimmungen, insbesondere über Umfang und Bedingungen der Zuwendung, erläßt die Reichsregierung, und zwar der Reichsrat mit einem Ausschusse des Reichstags, jedoch die Unterstützung, im Falle eingetretener Arbeitslosigkeit, darf nicht weniger betragen als drei Viertel des entgangenen Arbeitsverdienstes. Als bei Inkrafttreten dieses Gesetzes im Tabakgewerbe und den durch dieses mitbeschäftigten Gewerben beschäftigten Hausgewerbetreibenden, Angestellten und Arbeiter, gelten auch diejenigen Hausgewerbetreibenden, Angestellten und Arbeiter, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes als arbeitslos in den Listen der Arbeitsnachweise geführt werden.

Die Begründung, die unser Kollege Schlüter seinem Antrage gab, war so wichtig und überzeugend, daß außer den Vertretern der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Demokraten auch drei Vertreter der Regierungsparteien für den Antrag stimmten, der dadurch mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen wurde. Mit derselben Mehrheit wurde ein demokratischer Antrag angenommen, wonach auch die Gewerbetreibenden in den Kreis der Unterstützungsberechtigten einbezogen werden sollen.

Am 27. Juni ist nun das Plenum des Reichstages in die zweite Lesung der neuen Steuergesetze eingetreten. Im Namen der Regierungsparteien gab der Deutschnationale Dr. Oberfohren die Erklärung ab, daß sie den Steuergesetzen in der Fassung des Ausschusses mit Vorbehalt gewisser Verbesserungen ihre Zustimmung geben würden. Sie sind demnach gewillt, auch das dem Tabak zugeordnete Zoll- und Steuerrecht zu beschließen. Ob die Front der Regierungsparteien bei allen Steuerpositionen zusammenhalten wird, ist jedoch eine andere Frage. Das Zünglein an der Waage werden neben den Wirtschaftsparteilern die christlich-nationalen Gewerkschafter in den Regierungsparteien sein. Sie werden zwischen sozialer und kapitalistischer Steuerpolitik zu entscheiden haben. In ihren Händen liegt das Schicksal des Tabakgewerbes und damit das der Tabakarbeiter. Mögen sie sich dessen bewußt sein.

Auch noch Zollerhöhung auf Zigarettenpapier.

Am 20. Juli beschäftigte sich der Handelspolitische Ausschuss des Reichstages mit dem Rest der Industriezölle, wobei es insbesondere bei der Tarifposition „Papier“ zu längeren Auseinandersetzungen kam. Der Sozialdemokrat Dr. Breitscheid wies auf die Tatsache hin, daß die deutsche Papierindustrie bereits vor dem Kriege 25 Prozent ihrer Produktion ausführte und sich trotz der Einschränkungen der Herstellung und der ungenügenden Ausnutzung der Betriebe diese Ausführquote in den letzten Jahren auf 40 Prozent erhöht habe. Die Papierpreise seien für das Inland jetzt noch um 70 bis 100 Prozent höher, als die vom Ausland verlangten. Die deutsche Papierindustrie sei in hohem Maße und dauernd auf die Ausfuhr angewiesen. Deshalb seien Zölle nicht angebracht. Der deutschnationale Abgeordnete Lejeune-Jung, einer der Interessenten der Papierindustrie, bezeichnet einen Zoll von 50 M für Zigarettenpapier als wichtiges Verhandlungsobjekt gegenüber Frankreich und Belgien. Auch der Zentrumsabg. Udo Lammers brach eine Lanze für die Papierindustriellen. Breitscheid verwies darauf, daß die Verteuerung z. B. des Zigarettenpapiers die Zigarettenindustrie in noch größere Schwierigkeiten bringen müsse. Schließlich wurde der Zoll für einen Doppelzentner Papier von 20 auf 40 M erhöht.

Der Tabakaußenhandel im Mai.

Aus dem vorläufigen Ergebnis des deutschen Außenhandels ersehen wir, daß im Mai dieses Jahres 84 401 Doppelzentner Rohtabak im Werte von 20 289 000 Reichsmark eingeführt und 212 Doppelzentner Rohtabak im Werte von 29 000 Reichsmark ausgeführt worden sind.

Verbandsteil.

Am 1. August ist der 31. Wochenbeitrag fällig.

Zahlstellenverwaltungen!

Sendet sofort die noch ausstehenden Quartalsabrechnungen und Statistikkarten und die überschüssigen Gelder an den Vorstand in Bremen.

Zahlstellen, welche ihren Verpflichtungen nicht nachkommen und ihre Abrechnung nicht bis zum 3. August und ihre Statistikkarte nicht bis zum 7. August einsenden, werden im „Tabak-Arbeiter“ bekanntgegeben. Die Gauleiter und Zahlstellenteiler wissen dann, wo sie nach dem Rechten zu sehen haben.

Als verloren gemeldet:

Mitgliedsbuch S. II 97 689, lautend auf Rudolf Hennig, geb. 20. 2. 1860 in Minden i. Westf., eingetr. am 2. 12. 1918 (171/16. 25).

Katzenwendig ist bei den Meldungen verloren gegangener Bücher, daß die Zahl der geleisteten Beiträge und die Beitragsklasse angegeben wird.

Gesucht werden:

Zwei gute Zigarrenarbeiter, die sich selbst Wideln machen können, nach Oberhessen. Nachfragen bei Alfred Kiel, Gießen, Schottstraße 10.

Einige tüchtige Pennalarbeiter nach Baden und Württemberg (Jahrgeld vierter Klasse wird vergütet) und für eine Rauchtabakfabrik zwei ledige Tabakschneider und ein Tabakröster. Nachfragen bei Ludwig Klein, Heidelberg, Rohrbacher Straße 13.

Folgende Gelder sind eingegangen:

1. Juli. Kirchhengers 200,—
 14. Kirchhengers 200,—
 16. Bünde 200,—
 17. Speyer 120,—
 18. Wittlich 49,20. Gohfeld 48,—. Lübben 52,—. Orlau 200,—. Holzhausen 100,—. Calbe 192,12. Langensalza 9,76. Heppenheim 105,64. Wusterhausen 10,—. Ansbach 80,—. Dörenbach 55,50. Kiel 21,—. Würzburg 100,—. Pirna 100,—. Rochlitz 82,—. Frankfurt a. d. O. 100,—.
 19. Bovenenden 130,—. Ringsheim 49,—. Gundelsheim 18,50.
 20. Dahme 200,—. Heide 66,—. Bamberg 50,—. Winfen 20,—. Osnabrück 201,89. Bonn 23,80. Braunschweig 75,—. Spangenberg 14,22. Werther 253,48. Rhedt 38,56. Burgsteinfurt 782,—. König 8,—. Denzlingen 78,94. Redareiz 16,50. Braunsberg 108,—. Schönlanke 250,—. Bredstedt 147,16. Trebnitz 60,—. Münden 820,—.
 21. Bad Orb 18,—. Marburg 89,58. Buttstädt 34,—. Huder-Aschen 100,—. Minden 300,—. Wiesbaden 60,—. Parchim 65,—. Hohenhausen 178,42. Reichenbach 77,—. Oppeln 20,30. Meissen 140,—. Philippsburg 33,96.
 22. Helmstedt 33,—. Brate 150,—. Essen 185,—. Goldberg 80,—. Frankenhäuser 85,—. Gera 100,—. Jüterbog 133,—. Schwenningsdorf 219,28. Hohenheim 200,—. Reilingen 15,56.
 23. Zeuthen 176,—. Unterwiesheim 60,—. Alswede 16,80. Bochum 20,—. Dresden 2000,—. Heidenheim 310,72. Helmarshausen 173,28. Oppershäuser 35,—.
 24. Stendal 7,10.
 26. Offenburg 130,—. Lenzinghausen 215,—.
- Bremen, den 28. Juli 1925. J. Rohm.
- Briefkasten: Breslau 5 A.

Gestorben sind:

- Am 2. Juni die Kollegin Emilie Lederer, 61 Jahre alt (Zahlstelle Schöned).
- Am 26. Juni der Kollege Heinrich Steffen, 79 Jahre alt (Zahlstelle Ederförde).
- Am 8. Juli die Zigarrenarbeiterin Lina Endler, 69 Jahre alt (Zahlstelle Frankenberg).
- Am 12. Juli der Kollege Otto Engel, 30 Jahre alt (Zahlstelle Neubamm).
- Am 15. Juli die Zigarrenarbeiterin Emma Geibel, 69 Jahre alt (Zahlstelle Frankenberg).
- Am 16. Juli die Widelmacherin Frau Döfler, 58 Jahre alt (Zahlstelle Bremen).
- Am 18. Juli die Verteilerin Frau Ziska Wagner, 22 Jahre alt (Zahlstelle Kaiserslautern).
- Am 20. Juli die Zigarrenarbeiterin Anna Neubert, 62 Jahre alt (Zahlstelle Döbeln).
- Am 23. Juli die Widelmacherin Frau Meyer, 73 Jahre alt (Zahlstelle Bremen).
- Am 24. Juli der Zigarrenarbeiter Heinrich Funtemann, 78 Jahre alt (Zahlstelle Verden).

Ehre ihrem Andenken!

Achtung, Zigarrenmacher!

Wegen Aufgabe meines Geschäfts gebe 2 Arbeitstische, 5 Pressen, 120 Formen, 6 Schmel, Presslaken, Rollbrett, 1 Str. rekt. Rohtabak usw. geschl. billigst ab

Rirken, Gotha, Leinastr. 3

Gibt ausgelesene

„Tabak-Arbeiter“ zu Agitationszwecken an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter!

Sch suche ein

Rezept

welches sehr dunkle Tabake stark aufhellt und goldgelb färbt, ohne gesundheitschädlich zu wirken.

Angebote unter N. L. 498 an

Annoucen-Expedition von Danckelman Hamburg 11, Börsenbrücke 2a

Um die Adresse ihres Mannes

Max Rohner Zigarrenmacher

bittet

Frau Emma Rohner Breslau, Westendstr. 56

Billige, böhmische Bettfedern



1 Kilo graue, geschlossene G.-M. 3,—, halbweiße G.-M. 4,— weiße G.-M. 5,—, bessere G.-M. 6,—, 7,—, daunenweiche G.-M. 8.— 10.—, beste Sorte G.-M. 12.—, 14.—, weiße, ungeschlossene Kupffedern G.-M. 7,50, 8,50, beste Sorte G.-M. 10.— Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Samsel, Lobes 245 b. Pilsen-Böhm.

Kandidatenvorschläge für die Delegiertenwahlen zum 19. Verbandstag.

Für die Delegiertenwahlen zum 19. Verbandstag sind als Kandidaten in Vorschlag gebracht worden:

1. Wahlkreis (3 Delegierte): Ludwig Selpien, Franz Ruchs, C. Rudloff, Carl Bredel, Adolf Hetteprien, Wilhelm Brügge, Arnold Kröger, R. Knolle, Heinrich Rathgeber, Bernhard Arnzen; sämtlich Hamburg.
2. Wahlkreis: Heinrich Michna, Lübeck; Johann Krönke, Altenbruch; Nikolaus Nicolaisen, Rendsburg; Heinrich Rappe, Segeberg.
3. Wahlkreis: Heinrich Bobbenkamp, Bremen.
4. Wahlkreis: August Näker, Achim; Ernst Bertram, Verden; Ernst Riegelmann, Burgdamm.
5. Wahlkreis: Ernst Recter, Hildesheim; Albert Vetter, Braunschweig.
6. Wahlkreis (2 Delegierte): Fritz Wilke, Nordhausen; Franz Meyer, Nordhausen.
7. Wahlkreis (2 Delegierte): Wilhelm Koch, Treffurt; Gustav Mater, Mithla.
8. Wahlkreis: Jean Kalbake, Hann.-Münden.
9. Wahlkreis: Albert Koch, Steinbach-Hallenberg.
10. Wahlkreis: Otto Schmidt, Brotterode.
11. Wahlkreis: Karl Menke, Bünde; Fritz Kreimer, Ennigloh.
12. Wahlkreis: Fritz Gasse, Minden; Conrad Eggert, Rehme.
13. Wahlkreis: Wilhelm Thüner, Herford; Heinrich Waltermann, Blotho; Gustav Sander, Baldorf.
14. Wahlkreis: Wilhelm Borchard, Lübbecke; Heinrich Niehaus, Holzhausen.
15. Wahlkreis: Heinrich Schmidt, Hunnebrock.
16. Wahlkreis: Heinrich Menke, Hücker-Wschen.
17. Wahlkreis: Heinrich Gock, Soest; Hannes Schröder, Dsnabrück; Franz Laues, Burgsteinfurt.
18. Wahlkreis: Otto Klink, Köln.
19. Wahlkreis: Friedrich Reiche, Orsoy.
20. Wahlkreis: Alfred Kiel jr., Gießen.
21. Wahlkreis: Karl Wiegandt, Wiesbaden.
22. Wahlkreis: Kilian Schwab, Klein-Krozenburg.
23. Wahlkreis: Ludwig Klöppinger, Heidelberg.
24. Wahlkreis (2 Delegierte): Karl Lechler, München; Hugo Berr, München; Franz Kraut, München.
25. Wahlkreis: Joseph Fisch, Regensburg; Max Semmerich, Würzburg.
26. Wahlkreis: Wilhelm Köffel, Heilbronn; Gustav Seybold, Lauffen.
27. Wahlkreis: Heinrich Kraus, Hockenheim; Joseph Metzger, Mannheim.
28. Wahlkreis: Heinrich Bürkle, Menzingen; Christian Oberst, Unteröwisheim.
29. Wahlkreis: Wilhelm Daul, Baden-Baden.
30. Wahlkreis: Wilhelm Benz, Kirchardt; Ambrosius Hammer, Destrungen.
31. Wahlkreis: Marie Wolf, Spener.
32. Wahlkreis: Erich Strack, Offenburg; Wilhelm Engisch, Friesenheim.
33. Wahlkreis: Wilhelm Mönner, Denzlingen; Karl Schwab, Emmendingen; Wilhelm Steiert, Lahr.
34. Wahlkreis (5 Delegierte): Fanny Haunstein, Paul Scholz, Margarete Fischer, Bernhard Schnabel, Oswin Steglich, Minna Schneider, Joseph Domeyer, Richard Spengler, Walter Nobis, Paul Plozki; sämtlich Dresden.
35. Wahlkreis: Hermann Fischer, Frankenberg; Max Jensch, Frankenberg.
36. Wahlkreis: Ernst Flor, Pirna; Emil Haftmann, Geishennersdorf.
37. Wahlkreis: Paul Birkholz, Elsterberg; Arno Reben-trost, Freiberg.
38. Wahlkreis: Rudolf Segura, Gartha; Bruno Lopka, Reisnig; Richard Demichen, Döbeln.
39. Wahlkreis: Rudolf Bertram, Wittweida; Hans Münch, Waldheim; Arthur Grundmann, Waldheim.
40. Wahlkreis: Karl Becker, Leipzig.
41. Wahlkreis: Wilhelm Kroll, Altenburg; Paul Schreiner, Schöneck; Max Schilbach, Schöneck.

42. Wahlkreis: Louis Schade, Orantenbaum; Karl Lüdge, Magdeburg.
 43. Wahlkreis: Theodor Langner, Breslau; Max Tschsch, Breslau.
 44. Wahlkreis: Richard Hartmann, Brieg.
 45. Wahlkreis: Arthur Tschuppan, Schönberg; Fritz Meyer, Liegnitz.
 46. Wahlkreis (8 Delegierte): Gustav Armbrust, Berlin; Elfe Schiepe, Berlin; Johann Skornlak, Berlin.
 47. Wahlkreis: Paul Duckert, Schwedt.
 48. Wahlkreis: Max Rimpel, Finsterwalde; Max Schnabel, Schönlanke; Georg Schulz, Neudamm; Max Dittmann, Landsberg; Otto Radtke, Jastrow; Fritz Dill, Frankfurt a. O.
 49. Wahlkreis (2 Delegierte): Reinhold Baumhardt, Johanna Harwardt, Ottilie Hamstengel, Marie Tibor, Emil Rautenberg; sämtlich Ebing.
- Alle Wahlkreise, bei denen die Delegiertenzahl nicht besonders angegeben ist, wählen je einen Delegierten. Wahlkreiseinteilung siehe „Tabak-Arbeiter“ Nr. 26.
- Die Delegiertenwahlen finden in der Woche vom 9. bis einschließlich 16. August statt. Den Wahltag innerhalb dieser Woche hat die Verwaltung jeder Zahlstelle festzusetzen. Die Wahlzeit, die ebenfalls von der Zahlstelle festzusetzen ist, beträgt vier Stunden. Die Wahlen sind nach dem Wahlreglement des Verbandes vorzunehmen. Siehe „Tabak-Arbeiter“ Nr. 19.
- Die Wahlresultate nebst Wahlprotokoll und den abzugebenden Stimmzetteln sind bis zum 20. August d. J. an den Vorsitzenden der Zentral-Wahlprüfungskommission, Otto Jbbeken, Bremen, An der Weide 20, II einzusenden. Wahlresultate, die nach Ablauf dieser Zeit eingekommen werden, finden keine Berücksichtigung.

Gewerkschaften und Unternehmerverbände.

Wie bekannt, hat die bis dahin unausgesetzt aufwärtsstrebende Entwicklung der Gewerkschaften durch den Ausbruch des Krieges eine jähe Unterbrechung erfahren. Erst nach dessen Beendigung setzte zunächst ein langsamer, dann aber geradezu stürmisch verlaufender Aufstieg ein. Bedauerlicherweise hielt dieser nicht an. Schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit trat bereits wieder unter der Wirkung der sich verschlechternden Wirtschaftslage, besonders aber des Währungszusammenbruchs, eine rückläufige Bewegung ein, die eine wesentliche Schwächung der Gewerkschaften veranlasste. Sehr zum Nachteil der Arbeiter fiel diese Schwächung in eine Zeit, wo die Gewerkschaften unter dem rücksichtslosen Vorgehen der Unternehmer zur Herabdrückung der Löhne und Beseitigung des Achtstundentags der stärksten Belastungsprobe ausgesetzt waren. Daß sie sich trotz Mitgliederrückgangs, Verlust ihrer Kampffonds und Wirtschaftskrise behaupteten, sowie die Angriffe der Unternehmer weitgehend abwehrten, muß ihnen als besonderes Verdienst angerechnet werden. Inzwischen hat wieder eine Aufwärtsbewegung eingesetzt, die erfreulicherweise anhält und hoffentlich zu einer dauernden Stärkung der Gewerkschaften nach innen und außen führt.

Den Höhepunkt der gewerkschaftlichen Entwicklung brachte, wie das soeben erschienene Jahrbuch der Berufsverbände im Deutschen Reich für 1925 feststellt, das Jahr 1922. Zu dieser Zeit waren organisiert:

	Arbeiter	Angestellte	Beamte	insgef. Arbeit-nehmer
freigewerkschaftlich	7 817 152	643 230	354 274	8 814 656
christlich-national	1 031 006	459 576	390 478	1 881 060
freiheitlich-national	230 612	300 357	147 000	677 969
wirtschaftsfriedlich	221 553	55 726	5 919	283 198
komm.-syndikalistisch	246 892	—	—	246 892
konfessionell	40 400	11 000	—	51 400
in selbst. neutralen Verbänden	91 851	221 199	1 040 496	1 353 546
	9 679 466	1 691 088	1 938 167	13 308 721

So groß und bedauerlich auch die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegungen in verschiedenen Richtungen ist, so gewahren diese Ziffern doch ein erfreuliches Bild. Das Verhältnis der organisierten Arbeitnehmer zu der Zahl der organisationsfähigen, d. h. vorhandenen Arbeitnehmer, läßt sich zwar nicht genau feststellen, doch ist es über die Geschicke der Gewerkschaften und Unternehmerverbände von großer Wichtigkeit.

Zuzählung von 1907, der Volkszählung von 1918 und der Krankenkassenstatistik zugrunde, so ergeben sich nach den in Wirtschaft und Statistik 1921 erfolgten Feststellungen

für die Land- und Forstwirtschaft 109 456 Angestellte, 7 950 800 Arbeiter
für die Industrie und Bergbau 781 628 Angestellte, 9 839 374 Arbeiter
für Handel, Verkehr und Gastwirtschaft

für persönliche Dienste usw. 578 907 Angestellte, 2 245 694 Arbeiter
— Angestellte, 560 750 Arbeiter
zusammen 1 464 991 Angestellte, 20 596 618 Arbeiter

Insgesamt betrug also die Zahl der Arbeitnehmer, ausschließlich der Beamten, 22 061 609. Zieht man jedoch in Betracht, daß unter den Arbeitern und Angestellten etwa 4,5 Millionen mitarbeitende Angehörige in Frage kommen, die in vorstehenden Zahlen mit eingerechnet sind, so waren 1922 rund zwei Drittel der in Deutschland vorhandenen Arbeitnehmer organisiert.

Wie bereits bemerkt, ließ sich dieser verhältnismäßig günstige Stand der Gewerkschaftsbewegung unter dem Einfluß der angeführten wirtschaftlichen Umstände nicht aufrechterhalten. Schon am Jahresende 1923 war der Mitgliederstand der freien Gewerkschaften auf 5 749 708, der christlichen Gewerkschaften auf 806 992 und der deutschen Gewerksvereine auf 216 467 gesunken. Für die übrigen gewerkschaftlichen Richtungen liegen bestimmte Angaben über die eingetretenen Mitgliederverluste nicht vor. Ebenso kann zurzeit nicht festgestellt werden, in welchem Umfange sich die einsetzende Aufwärtsbewegung des Mitgliederstandes ausgewirkt hat. Nach den Mitteilungen der einzelnen Verbände haben sich die Verhältnisse wieder erheblich verbessert. Der Stand von 1922 konnte aber noch nirgends erreicht werden.

Demgegenüber haben die Arbeiter alle Ursache, die Entwicklung im Unternehmerlager zu beachten und daraus die erforderlichen Lehren zu ziehen. Bei den Unternehmern vollzog sich die Entwicklung der Organisation unter wesentlich günstigeren Verhältnissen. Sie setzte bereits zu einer Zeit ein, wo die Gewerkschaften noch unter den Einflüssen des Krieges, der Arbeitslosigkeit und den Einberufungen zum Heere schwer zu leiden hatten. Nach dem Jahrbuch bestanden bei Ausbruch des Krieges rund 678 Reichsverbände der Arbeitgeber, nebst zahlreichen Landes-, Bezirks- und Unterverbänden. Von 1916 bis 1923 sind hierzu nicht weniger als 733 Reichsverbände hinzugekommen, so daß gegenwärtig insgesamt 1611 Reichsverbände sowie 871 Landes- und Bezirksorganisationen mit ihren örtlichen und beruflichen Unterverbänden vorhanden sind.

In den letzten Jahren hat die Gründung neuer Arbeitgeberverbände nachgelassen, was aber nicht etwa auf Organisationsmüdigkeit, sondern darauf zurückzuführen ist, daß die weitere Organisationsmöglichkeit eine gewisse Grenze erreicht hat, die zurzeit nicht überschritten werden kann. Mit andern Worten: Das deutsche Unternehmertum ist im Gegensatz zur Arbeiterschaft nahezu reiflos organisiert, und zwar trifft das nicht nur für die großen, sondern auch mittleren und kleineren Unternehmer zu. Daneben hat die Organisation des Unternehmertums eine Konzentration erfahren, die von weitgehendster wirtschaftlicher und politischer Bedeutung ist.

Nach den von den Arbeitgebern gemachten Angaben gliedern sich die verschiedenen Reichsverbände in drei Gruppen: 1. in rein wirtschaftliche Verbände, 2. in Verbände, die sich nur mit Angestellten- und Arbeiterfragen befassen, und 3. in gemischte Verbände, d. h. solche, die neben wirtschaftlichen auch Angestellten- und Arbeiterfragen behandeln. Zu der ersten Kategorie zählen 1274, zur zweiten 57, zur dritten 280 Verbände. Die Zahl der eigentlichen Kampforganisationen ist also im Arbeitgeberlager wesentlich geringer als die der Reichsverbände überhaupt. Bemerkenswert erscheint zudem, daß sich die Zahl der ausschließlichen Kampforganisationen seit 1918 um 35 vermindert hat, ein Umstand, der aber nicht etwa eine Abnahme des Kampfes der Unternehmer beweist, sondern lediglich zur Stärkung ihrer Aktionskraft beigetragen hat.

Wie in diesem Falle, macht sich das Streben nach engerem Zusammenschluß allgemein innerhalb der Unternehmerverbände bemerkbar. Dieser ist bereits soweit gediehen, daß eine nahezu lückenlose Zusammenfassung aller bestehenden Unternehmervereinigungen in einer kleinen Zahl überfachlicher Großorganisationen vorhanden ist, die ihrerseits wieder untereinander in engen Beziehungen oder Kartellverbindungen stehen. Auf dieser Grundlage sind fast alle industriellen, gewerblichen, land- und forstwirtschaftlichen, verkehrs- und handelsgewerblichen Arbeitgeberorganisationen in dem „Zentralausschuß der deutschen Unternehmerverbände“ vereinigt, der die geschlossene Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen sowie die einheitliche Abwehr aller gegen sich gerichteten Bestrebungen verfolgt. Angegeschlossen sind dem Zentralausschuß 14 Reichsspitzenorganisationen mit 565 Landes- und Bezirksverbänden.

Eine ähnliche Zusammenfassung zeigen die bedeutenderen Großorganisationen der einzelnen Wirtschaftsgruppen. Als solche treten u. a. auf: die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der Reichsverband der deutschen Industrie, der Reichsverband des deutschen Handwerks, der Zentralverband des deutschen Großhandels, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels und der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft. Am bedeutungsvollsten für die Arbeiterschaft ist die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die in 17 Berufsgruppen, 104 Industrieverbänden, 7 Landesverbänden, 44 Bezirksverbänden, 89 Ortsverbänden, 781 Unterverbänden und 5 sonstigen Vereinigungen den größten Teil des deutschen Unternehmertums umschließt. In engster Verbindung mit dem lediglich wirtschaftliche Zwecke verfolgenden Reichsverband der deutschen Industrie, der in 32 Fachgruppen 1002 unmittelbar und mittelbar angeschlossene Verbände aufweist, und in Fühlung mit den übrigen Großorganisationen ist ihr die ausschließliche Führung deutschen Unternehmertums in Lohn-, Tarif- und sozialpolitischen Fragen übertragen. In welcher Weise diese Aufgabe zu lösen versucht wird, ist den Gewerkschaften genügend bekannt. Von geringerer Bedeutung ist der Reichsverband des deutschen Handwerks mit 61 Reichs- und Landesverbänden. Wichtiges dagegen für die Verbraucherkreise der Zentralverband des Großhandels mit 11 Fachgruppen und 265 Verbänden, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels mit 73 allgemeinen, Fach- und Bezirksverbänden sowie der Reichsausschuß der Landwirtschaft mit 20 Verbandsgruppen.

In dieser Zusammenfassung stellt das organisierte deutsche Unternehmertum eine gewaltige wirtschaftliche Macht dar, die in der Verfolgung ihrer kapitalistischen und agrarischen Interessen keiner Zersplitterung unterliegt, wie sie leider bei den Arbeitern noch immer vorhanden ist. Zielbewußt und planmäßig werden von diesen Zentralstellen des Unternehmertums die auf die Ausbeutung der Arbeiter wie der gesamten verbrauchenden Bevölkerung gerichteten Bestrebungen verfolgt. Mit welchem Resultat, das beweisen die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Diesen Machtfaktoren des Unternehmertums hat die Arbeiterschaft infolge ihrer Zersplitterung sowie der Teilnahmslosigkeit und Gleichgültigkeit weiterer Arbeiterkreise gegenüber den gewerkschaftlichen, politischen und Selbsthilfebestrebungen der Arbeiterbewegung bis jetzt nichts Gleichartiges entgegenzusetzen. Die Folgen haben die Arbeiter in ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage zu tragen. Nur wenn sie sich dazu aufraffen, ihre Gewerkschaften zu gleicher Stärke, Geschlossenheit und Leistungsfähigkeit auszubauen, wird ihre Stellung in Staat und Wirtschaft eine bessere werden können, als sie ihnen gegenwärtig eingeräumt ist.

M a t t u a t.

Reichsgelder für gelbe Geheimverbände.

Von Peter Grafmann.

Geringschätziges Verachtung und leidenschaftlichen Haß bringt der Arbeiter, insonderheit der gewerkschaftlich organisierte, denjenigen Klassengenossen entgegen, die für ein Unsenngericht persönlicher Vorteile wegen das Recht freier Koalition und freier Betätigung preisgeben. Die Bezeichnung „Gelber“ oder „Streikbrecher“ gilt in Arbeiterkreisen als eine ehrlos machende Beschimpfung, da sich die „gelben“ Vereinigungen seit ihrer Gründung in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts der tatkräftigen Unterstützung namhafter Industrieller erfreuen konnten. Darum muß auch die unerhörte Tatsache der Finanzierung gelber Organisationen aus Reichsmitteln — ein Vorgang, den ich hiermit der Öffentlichkeit unterbreite — bei allen anständigen Arbeitnehmern hellste Empörung wecken: Seit mehr als Jahresfrist unterstützt das Reichsinnenministerium aus dem Republikschutzfonds eine gelbe Geheimorganisation, die der frühere Reichsminister des Innern, Jarres, im Mai 1924 selbst ins Leben gerufen hat. Das Ziel dieser samosen Organisation „zum Schutze der Republik“ ist die Bildung sogenannter weißer Betriebszellen in möglichst vielen Betrieben Deutschlands. Diese weißen Betriebszellen haben hauptsächlich die Aufgabe der Bespitzelung der Arbeiterschaft und stehen im engsten Einvernehmen mit den Werksleitungen.

Diese Betriebspionage, die amerikanischen Vorbildern nachstrebt, hat schon manchen deutschen Arbeiter um Lohn und Brot gebracht. Auf solche Methoden sind bisher weder die Gelben noch ihre Patrone gekommen. Es blieb Herrn Jarres vorbehalten, das gelegentlich geübte Angebertum der Gelben organisatorisch zusammenzufassen und ausgerechnet aus dem Republikschutzfonds (!) die Mittel zur Gründung und Weiterführung dieser Organisation zu entnehmen. Herr Jarres hat

zum feinem Rinde sein Interesse nicht entzogen: Die finanzielle Pflege übernahm zwar Herr Schiele zugleich mit seinem Amt als Reichsinnenminister; Herr Jarres aber gab noch am 28. April dieses Jahres (zwei Tage nach der Wahl Hindenburgs und unter dem frischen Eindruck dieses schwarzweißroten Sieges) neue Richtlinien für die Weiterarbeit der weißen Betriebszellen. Man versteht jetzt, warum die vereinigten schwarzweißroten Scharfmacher aller Richtungen Herrn Jarres zu ihrem Reichspräsidenten kandidaten erkoren hatten, hatte er doch seine Eignung durch seine Tätigkeit als Schutzpatron der Selben hinlänglich erwiesen! Die Fähigkeit, mit der viele seiner Freunde auch für den zweiten Wahlgang an seiner Kandidatur festhielten, war ebenfalls die Folge dieser Tätigkeit, die in Rechtskreisen offenes Geheimnis ist.

Diese Geheimorganisation des Herrn Jarres verbirgt sich unter dem absichtlich farblosen Namen „Zentralkommission“. Zu ihrem Leiter hat Herr Jarres, dessen vortrefflichen Beziehungen zu rechtsradikalen Kreisen bekannt sind (vgl. Killinger — Jarres), mit sicherem Griff den rechten Mann zu fassen gesucht. Der Leiter der deutschen Betriebspionage ist kein anderer als Oberleutnant Rienzl, der frühere Nachrichtenoffizier der Mörderzentrale auf Schloß Bielau, die bekanntlich von Oberländern im Jahre 1921 in Oberschlesien eingerichtet wurde. Neben Rienzl bearbeitet „den wissenschaftlichen Teil“ Universitätsprofessor Dr. Bunkmann, der Leiter des Soziologischen Institutes der Berliner Universität.

Diese exnationalistische Leitung der neuen gelben Bewegung von Regierung Gnaden hat nun etwas getan, was wirklich kein Mensch von ihr erwartet hätte: sie hat es fertig bekommen, mit gleichgesinnten Seelen des Auslandes eine **gelbe Internationale**

einzuweihen. Der Sitz dieser Organisation ist Paris, was gewiß das Herz jedes hakenkreuzlerischen Franzosenfressers höher schlagen läßt. Ihr offizieller natürlich französischer Titel heißt: „Entente internationale“.

Während man also den deutschen Gewerkschaften, insbesondere den $\dagger\dagger\dagger$ „marxistischen“, die Pflege internationaler Beziehungen mit gut gespielter Entrüstung als landesverräterisch ankreidet, sind diese Patentpatrioten nun selbst der gleichen Sünde bloß!

Mit Landesorganisationen dieser gelben Internationale steht übrigens auch die deutsche Technische Nothilfe in Beziehung, die ja, ebenso wie die laubere Zentralkommission für Betriebspionage (wenn auch öffentlich), aus Reichsmitteln erhalten wird. Uebrigens beginnen sich nun auch die Technischen Nothilfen zu „internationalisieren“. Die Technische Nothilfe in Oesterreich arbeitet mit dem sogenannten Schweizer Werkdienst zusammen. Dasselbe gilt von der deutschen „Leno“ und ihren „Bruderorganisationen“ in Skandinavien. Zusammenhänge solcher Art betätigen erneut alle Besorgnisse der organisierten Arbeiterschaft, daß die Technische Nothilfe eine planmäßige Organisation des Streikbruchs erstrebt. Ich fasse also zusammen: Aus den Mitteln, die der Reichstag der jeweiligen Reichsregierung im Republikenschutzgesetz im Vertrauen auf ihre Loyalität ohne Verpflichtung zur Abrechnung zur Verfügung stellt, schaffen und erhalten die Herren Jarres und Schiele die „Organisation Rienzl“. Diese Organisation hat in weißen Betriebszellen eine systematische Bespitzelung der deutschen Arbeiterschaft eingeleitet und sich mit anderen gleichgerichteten Organisationen des Auslandes zu einer Gelben Internationale zusammengeschlossen. Jedes weitere Wort zur Kennzeichnung dieser Vorgänge ist überflüssig. Nicht einmal die kaiserliche Regierung hat derartiges der deutschen Arbeiterschaft zu bieten gewagt!

Zwei Fragen sind noch zu beantworten:

1. Wie verhält sich die Industrie und insbesondere ihr Reichsverband zu dieser gelben Geheimorganisation?

Die Antwort lautet: Der Reichsverband der Industrie unterstützt die weiße Zellenbildung der Zentralkommission mit Summen, die die Reichssubvention noch um ein Vielfaches übersteigen; zahlreiche Industrielle und Arbeitgeberverbände in der Provinz subventionieren die lokalen Unterabteilungen der weißen Zellenorganisation mit ebenfalls erheblichen Beträgen.

Die Industriellen und ihre Verbände haben also die Politik der Zentralarbeitsgemeinschaft restlos aufgegeben, die in ihrer Vereinbarung vom 15. November 1918 neben dem Achtstundentag, der Anerkennung der Gewerkschaften usw. unter Ziffer 3 besagte: die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die (gelben! d. Verf.) Beräubervereine (die sogenannten wirtschafts-friedlichen Vereine) fortan vollkommen sich selbst überlassen und

Die guten Vorsätze bei den Herren von der schweren Fakultät haben nicht lange angehalten. In den Inflationsjahren schwoll den Unternehmern der Ramm, bis die Gewerkschaften aus der Zentralarbeitsgemeinschaft austraten. Und nun haben die Arbeitgeber auch den letzten Fetzen ihres ehemaligen Bekennnisses zum Arbeitsfrieden in den Orkus geworfen. Verlängerung der Arbeitszeit, Niedrighaltung der Löhne, Aussperrungen — das ganze Arsenal „bewährter“ Waffen, wurde wieder angewandt. Nur eines fehlte noch: die Verwendung von Arbeitern als Spiegel gegen ihre Klassengenossen. Nun geschieht auch dies, und zwar mit Hilfe der beiden Reichsinnenminister der Volkspartei und der Deutschnationalen.

2. Und die andere Frage: Welche deutschen Organisationen arbeiten mit diesen weißen Betriebszellen in voller Kenntnis ihres arbeiterfeindlichen Charakters zusammen?

Niemand wird sich wundern, in der Gesellschaft des Herrn Rienzl und seiner weißen Betriebszellen die „Landarbeiterorganisation“ des Reichslandbundes, den Stahlhelm und natürlich die Reichsorganisation der „nationalen“ Arbeitervereine zu sehen.

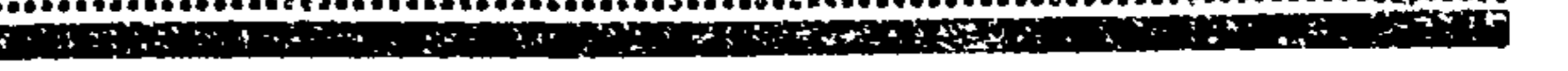
Vielleicht wird aber doch mancher christlich organisierte Kollege überrascht sein, zu erfahren, daß auch der **Deutschnationale Handlungsgehilfenverband** in der Person seines Führers Glözel im allerengsten Zusammenhang mit den weißen Betriebspitzeln steht. Wir sehen in solchen Blamagen die Folgen des Zusammengehens mit deutschnationalen und völkischen Elementen.

Die deutschen Arbeiter werden die Augen offenhalten müssen, da ihnen die Aussicht blüht, in jedem nicht organisierten Betriebskollegen einen Angeber vermuten zu müssen. Kommunistische Betriebszellen von links, weiße Betriebszellen von rechts — gleichwohl! Die deutschen Gewerkschaften sind schon mit anderen Gegnern fertig geworden. Sie werden's auch weiter schaffen!



Organisiert euch!

Dieser Ruf erschallt in letzter Zeit besonders oft in Unternehmerkreisen. Der „Deutsche Industrie-Schutzverband“, Sitz Dresden, macht energische Anstrengungen, um auch den letzten Unternehmer in seine Organisation zu ziehen. Dieser Verband gewährt bei entsprechenden Beiträgen außerordentlich hohe Unterstützungen bei Streiks und Aussperrungen, er ist also in der Hauptsache eine Streikentschädigungsgesellschaft, die in der Mehrzahl die mittleren und kleineren Unternehmungen umfaßt. In den Mitteilungen dieses Verbandes, Nummer 88, befinden sich mehrere Zuschriften von Mitgliedsfirmen, die einige bemerkenswerte Stellen enthalten. So schreibt eine Firma der Strohhutbranche: „... Wir können jedem Industriellen nur dringend raten, sich durch Erwerbung der Mitgliedschaft bei dem genannten Verband die in Streik- und Aussperrungsfällen dringend notwendige Unterstützung zu sichern... Erst dann wird es möglich sein, den noch kommenden Arbeitskämpfen mit der nötigen Ruhe entgegenzusehen.“ — Ein Mitglied der Holzindustrie schreibt: „Mögen nun Steuern und Abgaben sowie Innungsbeiträge schwer auf uns ruhen, so sollte doch kein Handwerker die Beiträge zu einem Verband scheuen, der als Gegenleistung seinen Mitgliedern Streikentschädigung bietet... Ich kann allen meinen Kollegen den sofortigen Beitritt zum Industrie-Schutzverband nur empfehlen; es soll dies jedoch nicht auf die lange Bank geschoben werden, damit es nicht zu spät ist für die nächste Aussperrung; man weiß ja nicht, was kommen kann.“ — Die Arbeiter und Angestellten sollten aus diesen Bemühungen der Unternehmer, ihre Unterstützungsorganisation zu stärken, die richtige Lehre ziehen. Sie sollten ihren unorganisierten Kollegen ebenfalls empfehlen, den Beitritt nicht auf die lange Bank zu schieben; denn „man weiß ja nicht, was kommen kann“. Deshalb lernt von euren Gegnern! Ihr habt die Organisation nötiger als sie!



Zusammenarbeit, nicht Isolierung!

Von Robert Tremellont.

Europa wird von einer Schutzkollepidemie heimgesucht. Die Regierungen aller Länder sind einzig und allein darauf bedacht, die Wünsche der Nationalisten und Kapitalisten zu befriedigen, wobei sie sich der Gefahren, von denen unser in Zerfall geratener Kontinent bedroht wird, kaum bewusst sind oder sie auf

Demgegenüber weisen die Wirtschaftler und Soziologen unermüdetlich auf die schlimmen Folgen der Gegenstände innerhalb Europas sowie die chinesischen Mauern hin, die von Land zu Land aufgerichtet werden.

Die Lasten, die sich aus der neuesten Entwicklung ergeben, drücken schwer auf die Schultern der Arbeiter, deren Reallöhne im Vergleich zum Jahre 1900 beträchtlich gesunken und deren Lebensbedingungen immer schlechter werden.

Zwei der wichtigsten Industrieländer Europas, Großbritannien und Deutschland, haben bereits Riesenschritte auf dem Wege des Schutzzolls zurückgelegt oder sind im Begriff, in dieser Richtung zu gehen. Diese Politik liefert den anderen Ländern den Vorwand, ihre nationalen Industrien ebenfalls zu „verteidigen“, weitere Schranken aufzurichten und die Lage noch schwieriger zu gestalten.

Die Schäden dieser Selbstmordpolitik, auf die die Gewerkschaften der Amsterdamer Internationale mit allem Nachdruck aufmerksam machen, werden in einigen Jahren offen zutage liegen, falls sich die treibenden Kräfte nicht schon vorher auf ein Besseres besinnen. Es ist wichtig, daß die Gewerkschafts-Internationale das Banner des Freihandels hochhält und die Kampagne gegen den Schutzzoll auch auf internationales Gebiet verlegt.

Anhand umfassender statistischer Angaben, wie sie z. B. vor einigen Tagen die statistische Abteilung des amerikanischen Handelsamtes veröffentlichte, kann man ersehen, daß die Verhältnisse bereits jetzt schon sehr ungünstig liegen. Die Einfuhr und Ausfuhr der verschiedenen Erdteile in Millionen Dollars gestaltete sich in den Jahren 1913, 1923 und 1924 wie folgt:

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1913	1923	1924	1913	1923	1924
Amerika	3 475	5 947	5 748	4 055	6 782	7 491
Europa ¹	10 688	11 648	13 435	8 950	9 712	10 679
Europa ²	—	13 509	15 793	—	11 182	12 514
Asien	1 358	2 284	2 445	1 487	2 543	2 698
Afrika und Australien	982	1 473	1 538	873	1 291	1 444
Total ³	16 493	21 352	23 166	15 365	20 188	22 307
Total ⁴	—	23 213	25 524	—	21 658	24 142

¹ 13 Länder, ² 21 Länder, ³ 38 Länder, ⁴ 46 Länder.

Dazu ist zunächst zu bemerken, daß das Total der Einfuhren mit dem Total der Ausfuhren nicht übereinstimmt, da von der Statistik nur neun Zehntel der Länder ergriffen werden konnten und die Berücksichtigung der Valuten der verschiedenen Nationen leichte Differenzen ergibt. Dessen ungeachtet können aber aus diesen Ziffern interessante Schlussfolgerungen gezogen werden.

Es ist daraus unzweideutig ersichtlich, daß der Welthandel in den letzten zehn Jahren zurückgegangen ist. Wenn man die Entwertung des Gold-Dollars (zirka 50 Prozent) mit den Schwankungen der Warenpreise ins Verhältnis bringt, kann man sagen, daß die Indexzahl des Welthandels von 100 im Jahre 1913 auf 96 im Jahre 1924 gesunken ist.

Was aber vor allem symptomatisch ist, ist die Tatsache, daß Europa der einzige Kontinent ist, dessen Handelsbilanz sich empfindlich verschlechtert hat. Setzt man die Importe mit 100 ein, so stellen sich die Exporte im Jahre 1924 bei Amerika auf 130,3, bei Asien auf 110,1, bei Afrika und Australien auf 93,8 und bei Europa auf nur 79,2.

Es ist schon wiederholt behauptet worden, daß es das Los von Europa sein werde, eine Kolonie der Vereinigten Staaten zu werden. Man darf in diesem Zusammenhang wohl sagen, daß sich die Vereinigten Staaten allerdings einer Handelsbilanz erfreuen, die auf dem Weltmarkt immer mehr ins Gewicht fällt. Während im Jahre 1913 nur 16,2 Prozent der Ausfuhren und 10,9 Prozent der Einfuhren auf Amerika entfielen, kontrolliert es im Jahre 1924 14,1 Prozent der Importe und 19 Prozent der Exporte, d. h. fast ein Fünftel des gesamten internationalen Warenaustausches!

Diese Ziffern bestätigen die pessimistischen Voraussagen der Nitti, Ferraro, Rignano und anderer Wirtschaftler und Denker.

Dies zeigt sich besonders auch, wenn man zu dem wenig erfreulichen Bild der Handelsbilanzen dasjenige der Wanderung fügt. Die Wanderungsbewegung der verschiedenen Länder der Welt war in den Jahren 1913, 1920, 1921 und 1922 die folgende:

Auswanderung und Rückwanderung			
1913	1920	1921	1922
8 570 000	2 020 000	1 675 000	935 638
Auswanderung ohne Rückwanderung			
1913	1920	1921	1922
2 593 000	1 262 000	965 000	—

Setzt man die Quote des Jahres 1913 mit 100 gleich, so ist sie von 57 im Jahre 1920 auf 47 im Jahre 1921 und 27 im Jahre 1922 zurückgegangen. Die Indexziffern der darauffolgenden Jahre sind offiziell nicht bekannt. Auf alle Fälle kann man aber von einem starken Rückgang sprechen.

Angesichts aller dieser Faktoren ist es Aufgabe der international organisierten Arbeiter, immer und immer wieder auf die ernststen Folgen aufmerksam zu machen, die eine weitere Einengung der Weltwirtschaft durch eine ausgesprochene Schutzzollpolitik haben muß. Das Bekenntnis der Arbeiter zu einer Politik des Friedens, zum Gedanken der internationalen Verständigung und zur freien Zusammenarbeit erhält in diesem Augenblick eine ganz besondere Bedeutung.

Rundschau.

Eine neue Lohnklasse für die Invalidenversicherung.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages beschloß am 18. Juli, den fünf Lohnklassen der Invalidenversicherung eine sechste anzufügen. Die Einkommensgrenzen und Beiträge für die einzelnen Klassen wurden wie folgt festgesetzt:

Klasse 1: Wochenlohn bis 6 M.	Beitrag 28 %
Klasse 2: Wochenlohn bis 12 M.	Beitrag 50 %
Klasse 3: Wochenlohn bis 18 M.	Beitrag 70 %
Klasse 4: Wochenlohn bis 24 M.	Beitrag 100 %
Klasse 5: Wochenlohn bis 30 M.	Beitrag 120 %
Klasse 6: Wochenlohn über 30 M.	Beitrag 140 %

Der Grundbetrag der Rente soll von 120 auf 156 M. erhöht werden. Der Steigerungsbetrag für alle nach dem 31. Dezember 1923 gezahlten Beiträge erhöht sich auf 20 Prozent und das Rindergeld auf 90 M. Die Leistungserhöhungen treten am 1. August, die Beitragserhöhungen am 28. September in Kraft. Die Mehrausgaben betragen auf Grund der neuen Beitragserhöhung etwa 35 bis 40 Millionen Mark pro Jahr.

Gegen die Mietsteigerung.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Allgemeine Beamtenbund und der Reichsbund deutscher Mieter E. V. haben an die Reichsregierung und den Reichstag folgende Eingabe gerichtet:

Die unterzeichneten Organisationen, deren Mitglieder mit ihren Familienangehörigen die Hälfte des deutschen Volkes repräsentieren, warnen den Reichstag und die Reichsregierung in letzter Stunde nochmals eindringlich vor der Verabschiedung des Finanzausgleichsgesetzes in der jetzt vorliegenden Fassung. Sie sind nach wie vor der Auffassung, daß der Ausgleich der öffentlichen Haushalte durch stärkere Heranziehung des Besitzes und der höheren Einkommen herbeigeführt werden muß und daß aus dem Wohnungswesen nur Mittel für den Wohnungsneubau, für die Erhaltung der Altwohnungen und für Mietbeihilfen für zahlungschwache und zahlungsunfähige Mieter herausgezogen werden dürfen. Einer Steigerung der Hausrente müssen die unterzeichneten Organisationen entschieden widerstehen, weil die zu einem solchen Zwecke eintretende Steigerung der Miete die Kaufkraft mindern, weite Kreise der Bevölkerung in immer größere Not hineinführen und die deutsche Wirtschaft unproduktiv belasten würde. Jede weitere Mietsteigerung führt zu weiteren Preissteigerungen sowie zu Wirtschaftskrisen und Lohnkämpfen und damit zur Minderung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Die unbedingt erforderliche energische Steigerung der Neubautätigkeit kann bei der herrschenden Kapitalknappheit nur auf dem Wege der Bereitstellung hinreichender Mittel aus der Hauszinssteuer herbeigeführt werden. Dieser Weg wird um so sicherer zum Ziele führen, je weniger das Wohnungswesen zu allgemeinen fiskalischen Zwecken belastet wird.

Schließlich fordern die unterzeichneten Organisationen, daß der Wertanteil am Haus- und Grundbesitz, der durch den Wegfall des größten Teiles der Hypotheklasten freigeworden ist, im Wege der Belastung der Grundstücke mit Staatshypotheken für die Allgemeinheit sichergestellt wird.

Literarisches.

„Die Schicksalsstunde der deutschen Wirtschaftspolitik“. Unter diesem Titel hat der Verlag J. S. W. Dieck Nachf., Berlin, das Referat herausgegeben, das Dr. Rudolf Silberding auf dem Afa-Gewerkschaftskongress gehalten hat. Die kleine Schrift behandelt auf engstem Raum die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Probleme, die durch die Zollvorlage der Reichsregierung aufgeworfen werden. Die verhängnisvolle Wirkung der engstirnigen Zollpläne des kapitalistischen Rechtsblocks und seiner Regierung auf die gesamte Wirtschaftspolitik Deutschlands und auf die ohnehin notgepeinigten breiten Massen ist klar herausgearbeitet. Die kleine Schrift, die nur 40 S. kostet, eignet sich vorzüglich zur Agitation gegen den Zollwucher, und jeder Gewerkschaftler sollte sie lesen.